

## A6 Soziale Hochschulpolitik statt Personenkult und Linientreue

Gremium: CampusGrün FU Berlin  
Beschlussdatum: 15.11.2024  
Tagesordnungspunkt: 10. Anträge

### Antragstext

- 1 Campusgrün ist laut Satzung ein eigenständiger, grüner Hochschulverband. Sein  
2 Ziel ist die "Vertretung studienbezogener, wirtschaftlicher, sozialer,  
3 kultureller und politischer Belange der Studierenden". Weder sind wir bloßes  
4 Anhängsel der Partei Bündnis 90/Die Grünen, noch ihr Wahlkampfvehikel. Vielmehr  
5 sind wir als hochschulpolitischer Zusammenschluss die Interessensvertretung von  
6 Studierenden. In Zeiten neoliberaler Sparpolitik und einer Orientierung an der  
7 sogenannten politischen Mitte bedeutet das mitunter auch, dass wir diese  
8 Interessen gegen die Regierungs-Beharrungskräfte in der Partei Bündnis 90/Die  
9 Grünen erkämpfen müssen.
- 10 Vor diesem Hintergrund beschließt die Mitgliederversammlung, dass sich der  
11 Verband Campusgrün nicht an Wahlkampfaktionen o.ä. der Grünen beteiligt und sich  
12 ausschließlich auf grüne Hochschulpolitik konzentriert. Es bleibt die  
13 tiefgreifende Aufgabe des Bundesvorstands, studentische Interessen an die ihm  
14 nahestehende Partei Bündnis 90/Die Grünen heranzutragen und sich nachdrücklich  
15 für diese einzusetzen.
- 16 Weiterhin unterstützt der Verband nicht einzelne Kandidat\*innen der  
17 Mutterpartei, sondern setzt sich vielmehr für die gesamte Breite grüner Konzepte  
18 ein, welche in Beschlüssen der Bundesmitgliederversammlung sowie im  
19 Grundsatzprogramm manifestiert sind.
- 20 Campusgrün versteht sich als Interessensvertretung für Studierende gegenüber  
21 Parteien und Organisationen des links-grünen Spektrums. Dabei setzen wir uns  
22 (auch gegen Widerstände) für studentische Belange ein und kritisieren dabei,  
23 wenn nötig, auch Gesetespakete, die von grünen Verantwortungsträger\*innen  
24 mitgetragen wurden. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die sogenannte „BAföG-  
25 Reform“, deren finanzielle Bestimmungen nicht einmal die Grundbedürfnisse vieler  
26 Studierender decken und mutmaßlich verfassungswidrig sind. Für die Verbesserung  
27 der sozialen Lage vieler Mitglieder unserer Statusgruppe tragen wir  
28 Verantwortung, weshalb wir für dieses Anliegen weiter lobbyieren und grüne  
29 Regierungsmitglieder in die Pflicht nehmen werden.
- 30 Konkret beschließt die Mitgliederversammlung:
- 31 1. Campusgrün versteht sich nicht als Wahlkampfvehikel für Bündnis 90/Die Grünen  
32 und bleibt in Organisation und politischen Handlungen unabhängig. Der Verband  
33 als solcher beteiligt sich nicht an der Kampagne für die Bundestagswahl und  
34 fokussiert seine Bemühungen ausschließlich auf hochschulpolitische Belange.
  - 35 2. Campusgrün setzt sich für basisdemokratische Entscheidungen auf sämtlichen  
36 Beschlussebenen ein. Dabei erliegen wir keinem Personenkult und konzentrieren  
37 uns auf konkrete Sachpolitik für die Gruppe der Studierenden.
  - 38 3. Campusgrün priorisiert die Belange der Studierenden. Dabei bleibt die  
39 Verringerung der finanziellen sowie sozialen Not eine unserer weitreichendsten  
40 Aufgaben. Beschlüssen auch grüner Verantwortungsträger\*innen, die sich im Kampf

41 gegen soziales Elend als nur unzureichend erweisen, stehen wir weiterhin  
42 kritisch gegenüber. Wir bleiben weiter fest an der Seite von benachteiligten  
43 Menschen.